

Die Umdeutung der Eurokrise zur Schuldenkrise

Insbesondere die deutsche Bundesregierung bemüht sich schon seit dem Ausbruch der Eurokrise diese als „Staatschuldenkrise“ umzudeuten, verursacht von „faulen Südländern“, die „über ihre Verhältnisse“ gelebt und z.B. zu hohe Sozialausgaben haben. Auf diese Weise hätten sie das „Vertrauen der Märkte“ verloren, diese würden nicht mehr daran glauben, dass die Staaten ihre Schulden zurückzahlen. Die Folge: Explodierende Zinsen, eine Gefährdung des Euro und damit des europäischen Integrationsprozesses. Diese Diagnose ist falsch! Die Staaten haben kein Ausgabenproblem, sondern ein Einnahmenproblem, weil sie in den letzten Jahrzehnten die Steuern auf hohe Einkommen und Vermögen sowie für Unternehmen drastisch gesenkt haben. Ein wichtiger Grund liegt im von der EU initiierten Steuerwettbewerb. Explodiert sind die Schulden in allen EU Staaten mit der Finanzkrise 2008, weil die Staaten Milliarden zur Rettung der Banken und zur Stützung der Konjunktur ausgaben. Die SpekulantInnen danken es nicht und spekulieren nun gegen die Staaten, die sich zu ihrer Rettung verschuldet haben. Anstatt das zu verhindern und die entfesselten Finanzmärkte endlich wieder zu regulieren, setzen Merkel und Co. auf eine „Disziplinierung“ der Staaten: Um die Spekulation zu beenden, heißt es, müssten die Staaten auf den Pfad der Tugend zurückkehren, sich zu einer strikten Kürzungspolitik verpflichten und auf diese Weise das Vertrauen der Märkte zurückgewinnen. Dazu dient der Fiskalvertrag.

Was ist der Fiskalvertrag?

Anfang Dezember 2011 einigten sich die Staats- und Regierungschefs der EU darauf, einen Vertrag auszuarbeiten, der die Haushaltsdisziplin und die wirtschaftspolitische Koordinierung verstärkt. Die Verhandlungen dauerten weniger als zwei Monate, am 2. März 2012 wurde der Vertrag unterzeichnet. Da Großbritannien und Tschechien nicht mit dabei sind, handelt es sich um einen zwischenstaatlichen, völkerrechtlichen Vertrag außerhalb der bestehenden EU-Verträge. Dieser soll in den nächsten Monaten – in Deutschland voraussichtlich bis Mitte Juni – von den einzelnen Staaten ratifiziert werden und zum 1.1.2013 in Kraft treten.

Was steht im Fiskalvertrag?

Der Vertrag gliedert sich in zwei Teile: Im ersten – dem sogenannten Fiskalpakt – geht es um Haushaltspolitik, im zweiten um wirtschaftspolitische Koordinierung. Während der zweite Teil hauptsächlich aus Absichtserklärungen besteht, hat der Fiskalpakt es in sich.

Die wichtigste Regelung im Fiskalpakt ist, dass die Vertragsstaaten eine Schuldenbremse einführen müssen. Ihre Neuverschuldung darf künftig grundsätzlich nur noch 0,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen. Weicht der Staat von der Zielmarke ab, soll automatisch korrigiert werden – wie, ist nicht geregelt, vermutlich durch automatische Ausgabenkürzungen. Damit die Schuldenbremsen durch Regierungswechsel nicht angetastet werden können, müssen sie in den nationalen Verfassungen oder gleichwertigem Recht verankert werden. Ob dies ordnungsgemäß getan wurde prüft der Europäische Gerichtshof, der bei Nichtbefolgung sogar Bußgelder verhängen darf. Schließlich hat die Bundesregierung zusätzlich für eine Verknüpfung des Fiskalvertrags mit dem Vertrag über den permanenten Euro-Rettungsschirm ESM gesorgt: Nur diejenigen Länder sollen künftig Kredite aus dem ESM erhalten, die den Fiskalvertrag ratifiziert und die Schuldenbremse fristgerecht eingeführt haben.

Der Abbau der Staatsverschuldung geschieht unter Aufsicht: Länder, deren Defizit über 3% oder deren Schuldenstand über 60% des BIP beträgt, werden künftig gezwungen, sogenannte Haushalts- und Wirtschaftspartnerschaftsprogramme mit Maßnahmen zum Abbau der Verschuldung vorzulegen. Diese Programme müssen von der Kommission und dem Rat genehmigt und ihre Einhaltung überwacht werden – was nichts anderes heißt, als dass diese beiden Institutionen ein Veto gegen die Haushalts- und Wirtschaftspolitik der gewählten nationalen Parlamente einlegen können! Eines der wichtigsten Rechte des Parlaments, das Haushaltsrecht, wird durch das Vetorecht von Kommission und Rat gegenüber den nationalen Haushaltsplänen massiv eingeschränkt. Dies kann auch durch Wahlen und neue Mehrheiten in den nationalen Parlamenten nicht mehr geändert werden. Denn: Der Vertrag kann nur einstimmig aufgehoben werden, einseitiges Kündigungsrecht für einzelne Staaten ist nicht vorgesehen. Mit der europäischen Aufsicht über die nationalen Haushalte wird die Demokratie zur Farce und Europa erreicht eine Zentralisierung, die selbst in Bundesstaaten unbekannt ist.

Staaten, deren Schuldenstand über 60% des BIP beträgt, müssen überdies künftig nicht nur ausgeglichene Haushalte vorweisen, sondern sogar Überschüsse erzielen! Da in der EU in Folge von Finanzkrise und Bankenrettung die öffentliche Verschuldung auf durchschnittlich 80% angewachsen, trifft dies fast alle Länder. Nach Berechnungen des DGB kommen auf Deutschland allein in dem Jahr, in dem die Regel das erste Mal greift, zusätzliche Einsparungen von 24 - 30 Mrd. Euro zu!



Zentrale Forderungen von Attac

Da die Eurokrise keine Staatsschuldenkrise ist, kann sie nicht dadurch gelöst werden, dass die Staaten „diszipliniert“ werden. Die Politik muss endlich aufhören, um das Vertrauen der Finanzmärkte zu bitten – Märkte haben keine Emotionen. Den SpekulantInnen geht es nicht um Vertrauen, sondern um Rendite, daher sind sie auch nicht an stabilen Verhältnissen interessiert, sondern an Unsicherheit, um am Auf und Ab der Kurse kräftig zu verdienen. Die Politik muss sich von diesem Diktat befreien, indem sie die Finanzmärkte diszipliniert, d.h. reguliert. Dann kann sie die wahren Ursachen der Krise angehen, z.B. die Leistungsbilanzungleichgewichte und die ungleiche Verteilung der Einkommen und Vermögen.

Einige wichtige Maßnahmen und Forderungen von Attac:

- **Regulierung der Finanzmärkte:** Die Finanzmärkte müssen geschrumpft und entschleunigt werden. Hierzu gehört unter anderem die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die kurzfristige Spekulationsgeschäfte unrentabel macht sowie das Verbot von Leerverkäufen und außerbörslichem Handel mit Wertpapieren. Großbanken müssen verkleinert und Geschäfts- und Investmentbanking getrennt werden, Schattenfinanzplätze und Schattenbanken müssen geschlossen werden. Weitere Forderungen im Factsheet zur Rolle der Banken in der Eurokrise.
- **Unsoziale Kürzungsprogramme beenden, Einnahmeseite stärken:** Das Beispiel Griechenland zeigt deutlich, wohin eine Politik, die auf Kürzungen, Privatisierungen und Wettbewerbsfähigkeit über Lohnsenkungen führt – in die Rezession, in Armut und Verelendung. Mit dieser Politik muss Schluss sein! Statt dessen müssen die Profiteure der Krise endlich angemessen an ihren Kosten beteiligt werden. Die Einnahmen der Staaten müssen erhöht und Reichtum umverteilt werden. Dazu brauchen wir eine Vermögensabgabe, aber auch eine Kehrtwende in der Steuerpolitik, die über die letzten Jahre systematisch hohe Einkommen und Vermögen entlastet und somit die Staatshaushalte strukturell

geschwächt hat. Hierzu gehört auch ein Ende des ruinösen Steuerwettbewerbs in der EU. Die Erträge einer neu einzuführenden Finanztransaktionssteuer soll zur Bekämpfung von Armut, für Klimaschutz und globale soziale Mindeststandards genutzt werden.

- **Demokratie verteidigen und erkämpfen:** Um den Weg in eine autoritäre Wirtschaftsregierung zu aufzuhalten, muss zunächst der Fiskalpakt gestoppt werden. Demokratie in Europa erkämpfen, heißt nicht nur die Rechte des EU-Parlaments stärken. Demokratie muss sich auch auf die Wirtschaft erstrecken. Statt den Imperativen des Marktes muss Wirtschaft an Bedürfnissen und demokratisch ermittelten Präferenzen der Menschen ansetzen.
- **Europa demokratisch und solidarisch gestalten:** Der Fiskalvertrag umgeht das bisherige Europäische Vertragswerk und tritt somit nicht nur das Grundgesetz der Bundesrepublik mit Füßen, sondern zugleich die gesamte europäischen Architektur. Ein rechtlich notwendiges Vertragsänderungsverfahren nach Art. 48 des EU-Vertrages wird ignoriert. Überdies wird die Zustimmung der Bevölkerung zum europäischen Integrationsprojekt weiter sinken, wenn die EU nur mehr mit Entdemokratisierung und Sozialabbau assoziiert wird. Anstelle des Fiskalvertrags braucht es eine Diskussion um neue vertragliche Grundlagen für die EU, welche diese solidarisch, friedlich, ökologisch und demokratisch neu begründet

Statt den Fiskalpakt konsequent abzulehnen erwägen einige ParlamentarierInnen, ihm zuzustimmen, um im Gegenzug andere Regelungen durchsetzen zu können, wie z.B. die Finanztransaktionssteuer. Wir sagen: Kein Kuhhandel mit Parlamentsrechten! Zum einen kann die Bundesregierung gar nicht zusichern, die Finanztransaktionssteuer auf Ebene der Europäischen Union oder der Eurozone einzuführen. Dafür braucht es die Zustimmung aller anderen beteiligten Staaten. Zum anderen geht es jetzt darum, Wege zu einem demokratischen und sozialen Europa zu finden – dazu ist die Ablehnung des Fiskalpakts unabdingbar!

(April 2012)

Weitere Infos unter www.fiskalpakt-stoppen.de